

"Schlangenfressende Boa" in Der Spiegel (10. Juli 1978)

Legende: Das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel untersucht die Beweggründe des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt die Währungsschlange in ein breiteres europäisches Währungssystem umzuwandeln.

Quelle: Der Spiegel. Das deutsche Nachrichtenmagazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber ENGEL, Johannes K.; BÖHME, Erich. 10.07.1978, n° 28; 32. Jg. Hamburg: Spiegel-Verlag. "Schlangenfressende Boa", p. 22-23.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: http://www.cvce.eu/obj/schlangenfressende_boa_in_der_spiegel_10_juli_1978-de-2091cdeb-25ef-4446-b66d-097627e48e06.html

Publication date: 20/12/2013

Schlangenfressende Boa

Aus Verärgerung über die USA vollzog Kanzler Schmidt eine Kehrtwendung in der Währungspolitik

Wochenlang blieb der deutsche Finanzminister hart, dann kapitulierte er vor den Fakten. Als sein Zögern die Frankfurter Bundesbank schon 25 Milliarden Mark für Dollaraufkäufe gekostet hatte, warf Helmut Schmidt im März 1973 sein ökonomisches Weltbild über Bord und gab den Wechselkurs der Mark frei.

Seither versicherte Schmidt, inzwischen Kanzler, unablässig, die frei schwankenden Wechselkurse hätten den Deutschen den Weg zurück zu Stabilität und Wohlstand geebnet.

Erst das „Abkoppeln vom kranken Dollar“ (Schmidt) habe der Mark die Freiheit verschafft, sich im Verbund mit wenigen gleichharten europäischen Währungen gegen die Weltinflation zu behaupten. Und seither lobte der Kanzler sein „Modell Deutschland“, dessen Währung als gesündeste der Welt gilt.

Das darf nun plötzlich nicht mehr stimmen. Am letzten Donnerstag erklärte der Bonner im Bremer Rathaus den zum EG-Gipfel versammelten Staats- und Regierungschefs, wie vorteilhaft doch jenes alte Währungssystem gewesen sei, dessen Ruinen er selbst noch gesprengt hatte. „Die Wirtschaft“, so blickt Schmidt nun weit, „kommt nicht in Ordnung, solange die relative Instabilität der Wechselkurse nicht weg ist.“

Dabei hatten die deutschen Exporteure, die Leidtragenden der instabilen Wechselkurse, bisher an einer Hilfskonstruktion Trost finden können: Mit einigen Nachbarländern vereinbarte Bonn feste Kurse in einer gemeinsamen Währungsschlange und half den Außenhändlern damit, wenigstens einen Teil ihrer Kontrakte zu festen Preisen abrechnen zu können.

Doch das Reptil erwies sich bisher als nicht sonderlich lebensfähig. Beispielsweise scherten zweimal die Franzosen aus dem Währungsverbund aus, weil ihre Inflation zu emsig kletterte und zugleich ihre Devisenreserven dahinschmolzen, mit denen sie den Sturz des siechen Franc abfedern mußten.

Denn Paris folgte nicht der Devise für den Devisenhandel der letzten Jahre, wonach eine Währung nur so stabil ist wie die Wirtschaftspolitik, die ihre jeweiligen Hüter exerzieren.

Trotzdem will Schmidt zurück zu den alten Währungszeiten, wie er engsten Beratern anvertraute. Nicht einmal die zuständige Abteilung für Geld und Kredit im Bonner Finanzressort weihte er in seine Pläne für eine europäische Währungsunion ein.

Erster und lange Zeit einziger Mitwisser war sein Pariser Freund Valéry Giscard d'Estaing; inzwischen ließ der Erfinder immerhin noch Andeutungen an seinen Finanzverwalter Hans Matthöfer sowie an die Bundesbank gelangen.

Beim Europa-Gipfel in Bremen erfuhren denn auch Schmidts EG-Kollegen, daß sich der Gastgeber plötzlich vom Europa-Muffel zum freigebigen Internationalisten gehäutet hat. Den Stichtag, wo die Vision Wirklichkeit werden soll, prophezeite Schmidt gleich mit: „'ne Menge“, so der Kanzler, erwartet er „zum ersten Januar“.

Die Bonner Experten indes sind sich einig wie selten: Als selbsternannter Chef-Devisenhändler leistet sich ihr Regierungschef derzeit eine teure Fehlkalkulation. Der Kanzler, erschrak ein Unterhändler, „ist wie besessen.“

Und deshalb läßt er sich nicht dreinreden. Sein Motiv: Er möchte den Europäern jene Solidarität vermitteln, die er im Umgang mit der Führungsmacht USA vermißt. Er handelt aus Verärgerung über die, nach seinem Urteil, schlampige Wirtschaftspolitik in Washington, die den Dollar sacken läßt, und entwirft irrationale Modelle, weil er - so rügt ein deutscher Währungshüter - „die Demonstration gegen die USA braucht“.

So dubios der Schmidt-Plan für die deutsche Währungsstabilität ist, so vorteilhaft wäre er für den Zusammenhalt der Neuner-Gemeinschaft. Seit Jahren stocken alle Anstrengungen zugunsten einer europäischen Union, weil das nötige Fundament dafür, eine gemeinsame Konjunkturpolitik, noch nicht errichtet ist.

Auf dem EG-Neubau lastet nun freilich eine Hypothek, die der Kanzler entgegen wirtschaftlicher Vernunft aus außenpolitischer Rason eingeht: Die Bundesrepublik wird, noch mehr als bisher, Zahlmeister Europas. In einem Währungspakt wären die Deutschen immer die Dummen: Sie müßten mit dem Devisenschatz der Bundesbank für alle Devisenverluste ihrer Nachbarn aufkommen.

Schlimmer noch: Eine Währungsunion, gegen die sich noch ein Finanzminister Schmidt in Brüssel immer erfolgreich gewehrt hatte, wäre ein internationales Regelwerk, mit dem sich die Inflationsraten seiner Mitgliedsstaaten auf das höchstmögliche gemeinsame Maß festschreiben lassen. Derzeitige Geldentwertung in der Bonner Republik: 2,5 Prozent; in Frankreich: neun Prozent.

Kein Wunder, daß Giscard dem Einfall seines Freundes nur positive Seiten abgewinnen kann. Denkwürdig schon eher, daß die Briten (Inflationsrate: 7,7 Prozent) vor der Installation eines Systems warnten, „das in zwei Monate wieder zusammenbrechen kann“ (Premier James Callaghan). Und folglich äußerten die Briten Bedenken, als am vergangenen Freitag der EG-Gipfel die Gründung eines 100-Milliarden-Mark Währungsfonds beschloß - als Vorstufe einer Währungsunion.

Schmidt und Giscard, die beiden Väter der Union, suchen derweil nach einem Namen für das Kind. Schon macht das Wort von der „Schlangenfressenden Boa“ die Runde. Doch in Wahrheit, so scheint es, ist das neue Währungsungeheuer eher ein Papiertiger.